

Zum Stichtag fehlt das Geld

3,8 Millionen Menschen lebten im vergangenen Jahr in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Strom- und Gasanbietern

Von Ralf Wurzbacher

Strom, Gas und Fernwärme werden teurer – wieder einmal. Beispiel Sachsen-Anhalt: Dieser Tage berichtete der *Mitteldeutsche Rundfunk* von Plänen der städtischen Versorger in Magdeburg und Halle (Saale), die Preise zum kommenden Jahr drastisch anzuheben. Gründe seien anhaltende geopolitische Krisen wie der Krieg der USA gegen den Iran sowie der Ukraine-Krieg, teilte die EVH GmbH mit, eine 100prozentige Tochter der Stadtwerke Halle. So wäre der Erdgaspreis an den Handelsbörsen von einst 1,5 Cent in den 1990er Jahren auf inzwischen rund sechs Cent pro Kilowattstunde geklettert, heißt es. Noch ist nicht ganz klar, wieviel mehr die Kunden werden zahlen müssen. Ziel ist es laut EVH, die Aufschläge unter der Marke von 30 Prozent zu halten.

Derlei Ankündigungen gibt es auch anderorts in Deutschland, jüngst etwa durch die Bonner Stadtwerke. Aktuell wird Erdgas an der niederländischen TTF-Börse mit mehr als 80 Euro je Megawattstunde gehandelt. Noch Anfang Juni waren es knapp über 40 Euro. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Nahost dürfte das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sein. Vor allem kennen die Preise für Benzin und Diesel kein Halten mehr, und der Ruf nach einem neuen Tankrabbat wird immer lauter. Insbesondere die SPD liebäugelt mit einem Preisdeckel, wogegen sich Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) aber (noch) sperrt. Droht hier die nächste Zerreißprobe der Koalition?

Für viele Verbraucher sind die Belastungen nicht mehr verkraft beziehungsweise finanzierbar. Im Jahr 2025 haben bundesweit rund 3,8 Millionen Menschen in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Strom- oder Gasanbietern gelebt. Das entsprach einem Anteil von 4,6 Prozent der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt am Montag bekanntgab. Die Daten gehen auf Ergebnisse der EU-weiten Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) zurück. Im Vergleich zum Jahr 2024 ist die Quote zwar leicht zurückgegangen, seinerzeit betrug diese fünf Prozent, 2023 sogar 5,4 Prozent. 2020 stellten Personen im Zahlungsverzug lediglich 3,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Mit Beginn und im Gefolge des Ukraine-Krieges waren die Energiekosten in bis dahin unbekannte Höhen hochgeschossen, sind seit längerer Zeit jedoch leicht rückläufig.

Bei sich weiter verschärfenden Turbulenzen auf den globalen Energiemärkten könnte aber mithin schon bald ein neuer »Rekord« in puncto säumiger Kunden bevorstehen. Es dauert erfahrungsgemäß einige Zeit, bis die höheren Börsenpreise an die Verbraucher weitergegeben werden. Jedenfalls waren

Energieträger wie Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme oder feste Brennstoffe wie Holz und Kohle im August 2026 um 0,7 Prozent günstiger als im Vorjahresmonat. Dagegen haben die Statistiker aus Wiesbaden einen leicht überdurchschnittlichen Anstieg bei den Wohnungsnebenkosten ermittelt. Diese lagen demnach im August 2026 um 3,1 Prozent höher als im Vorjahresmonat, während die Inflation im selben Zeitraum um 2,9 Prozent zulegte. Zu den Wohnungsnebenkosten zählen unter anderem Ausgaben für Wasserversorgung, Müllabfuhr, Gebäudereinigung und Wartung von Aufzügen.

Leidtragende steigender Energiekosten sind zuvorderst Menschen, die zur Miete wohnen. 5,8 Prozent der Personen in Mieterhaushalten konnten im Vorjahr ihre Strom- oder Gasrechnung nicht fristgemäß begleichen. Bei denen in Eigentümerhaushalten waren es nur 3,3 Prozent. Besondere Härten treffen Bezieher staatlicher Transferleistungen. Gemäß einer aktuellen Auswertung des Vergleichsportals Verivox müssen Grundsicherungsempfänger derzeit jährlich im Mittel knapp über 55 Euro mehr für elektrische Energie bezahlen, als ihnen als sogenannte Strompauschale zusteht. In Hamburg beträgt die Lücke sogar fast 147 Euro. Die Zuweisungen der Jobcenter decken demnach in aller Regel nicht den tatsächlichen Bedarf. »Die zusätzlichen Ausgaben müssen grundsätzlich innerhalb des vorhandenen Budgets aufgefangen werden, was den Spielraum etwa für Kleidung oder Haushaltsgegenstände verkleinert«, stellte am vergangenen Freitag das Portal *gegen-hartz.de* klar.

<https://www.jungewelt.de/artikel/529803.verarmung-zum-stichtag-fehlt-das-geld.html>